

Langer Weg zur Gehaltsgerechtigkeit

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Anlässlich des EqualPay-Days informierte Fachanwältin Gisela Ludewig zum Thema. Obwohl seit 1957 das Thema juristisch geregelt ist, verdienen Frauen 22 Prozent weniger als Männer

Von Ralf Bittner

■ **Kreis Herford.** Eigentlich sei mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes mit dem Gleichheitsgrundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, spätestens aber seit der gesetzlichen Festschreibung des gleichen Entgelts für gleiche oder gleichwertige Arbeit 1957 alles zum Thema Entgeltgleichheit geregelt, sagte Gisela Ludewig, Rechtsanwältin und Experte für Entgeltgleichheit.

Auf Einladung des Netzwerkes „Frauen&Politik im Kreis Herford“ erläuterte sie bei der Veranstaltung „EqualPay – Berufe mit Zukunft. Was ist meine Arbeit wert?“ im Anna-Siemsen-Berufskolleg die Rechtsgrundlagen rund um das Thema gleiche Bezahlung für Männer und Frauen.

Außerdem stellte sie mit dem Eg-check ein Werkzeug vor, mit dem die Entgeltgleichheit in Betrieben oder Verwaltungen geprüft werden könne.

Rechtlich sei klar, dass Frauen und Männern für gleichwertige Tätigkeiten der gleiche Lohn zustehe. Faktisch verdienen Frauen in Deutschland aber 22 Prozent weniger als Männer, womit Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa gehöre. „Das ist ein Riesenskandal“, sagte Monika

Lüpke vom einladenden Netzwerk.

Einig war sich der Kreis, dass es ein grundsätzliches Problem bei der Bewertung von Berufen gebe, sich die Gesellschaft fragen lassen müsse, was ihr die Erziehung ihrer Kinder oder die Pflege der Großeltern wert sei.

Aber selbst in der Elektro- und Metallindustrie, wo das Thema Entgeltgleichheit in den Tarifen berücksichtigt ist, verdienen Frauen weniger als Männer, wenn die Differenz auch weniger als 22 Prozent betrage. André M. Fechner, Geschäftsführer des Un-

ternehmerverbands der Metallindustrie Bielefeld-Herford-Minden, sieht neben den unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Männern und Frauen ein Problem bei der Definition von „gleichwertiger“ Arbeit.

Es könne sein, dass es für bestimmte überwiegend von Männern ausgeübte Tätigkeiten Erschwerniszulagen gebe, für andere überwiegend von Frauen ausgeübte Tätigkeiten, die auf andere Art körperlich belasten, diese nicht vorgesehen seien. Inzwischen sei bei der Industrie angekommen, dass flexible Arbeitszeitmo-

delle und Entgeltgleichheit angesichts des Fachkräftemangels wichtige Standortvorteile schaffen könnten.

„Entgeltgleichheit ist gegeben, Chancengleichheit nicht“, sagte Fechner, und auch Moderatorin Eva Viehoff fragte sich, wie es sein könne, dass Frauen in der Regel besser qualifiziert seien als Männer, aber irgendwo auf dem Weg die Karriereleiter hinauf verschwinden.

Auffällig sei das im Bereich Medizin. Seit Jahrzehnten gebe es mehr weibliche als männliche Studienanfänger, aber wenig Chefärztinnen und

wiel zu wenig niedergelassene Ärztinnen. Das sei lange nicht wahrgenommen worden, werde jetzt aber mit dem Ärztemangel zum Problem. „Die Politik versagt oft völlig“, sagte eine Frau aus dem Publikum, erst wenn ökonomischer Druck Veränderungen erzwingen, beginne sich etwas zu bewegen. Zu diesem Druck beginnt auch eine Veränderung bei den Männern. „Auch männliche Oberärzte sind um der Karriere willen nicht mehr in dem Maße wie vorherige Generationen bereit, Dienst an Dienst zu hängen“, sagte Stephanie Karger von der Gewerkschaft Verdi.

Frauen, die als Zuverdienrinnen zum Einkommen des Mannes mit Minijobs zufrieden sind; Akademikerinnen, die der Karriere wegen auf Kinder verzichten und so ein neues gesellschaftliches Problem schaffen; ein Steuermode-ll, das mit falschen Anreizen dafür Sorge, dass Frauen auch schlechter bezahlte Jobs akzeptieren oder die Frage, wer denn die Kosten für entsprechend ihrer Verantwortung entlohnte Pflegerinnen oder Erzieherinnen tragen solle, sorgten für Gesprächsstoff.

Dabei wurde noch einmal deutlich, dass es von der rechtlichen Gleichstellung zur Entgeltgleichheit noch ein weiter Weg sein wird.



Im Thema: Rechtsanwältin Gisela Ludewig (v. l.), Moderatorin Eva Viehoff, Landrat Jürgen Müller, Monika Lüpke (Netzwerk Frauen&Arbeitspolitik im Kreis Herford), Stephanie Karger (Verdi) und André M. Fechner (Unternehmerverband der Metallindustrie Bielefeld-Herford-Minden).

FOTO: RALF BITTNER